

Stand: 18.02.2025 04:23:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/672

"Rückgrat für die Region, Wissenschaft und Wirtschaft - Bedeutung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) für Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/672 vom 13.03.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024
3. Mitteilung 19/2408 vom 11.06.2024



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger, Verena Osgyan, Dr. Sabine Weigand, Martin Stümpfig, Barbara Fuchs, Dr. Markus Böhler** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Rückgrat für die Region, Wissenschaft und Wirtschaft – Bedeutung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) für Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Stand der Planungen zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) und die Bedeutung für die Region zu berichten. Dabei sollen u. a. Erlangen, Nürnberg und Herzogenaurach als beteiligte Städte, die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und die Siemens AG einbezogen werden.

Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Wie wird die Bedeutung der StUB für die FAU und den Wissenschaftsstandort beurteilt?
- Wie würde sich die StUB bei Realisierung, aber auch beim Scheitern auf bereits getroffene Standortentscheidungen der FAU auswirken?
- Wie wird die Bedeutung der StUB für den Wirtschaftsstandort allgemein und den Siemens-Campus speziell beurteilt?
- Welche Bedeutung kommt aus Sicht der Staatsregierung der Grundsatzerklärung, die die Staatsregierung 2013 mit der Siemens AG geschlossen hat und auf deren Grundlage die Siemens AG massive Investitionen in die Region, namentlich in den Siemens-Campus, getätigt hat, zu?
- Wie schätzt die Staatsregierung die Bedeutung der StUB als weiteres leistungsfähiges Rückgrat für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Metropolregion Nürnberg ein?
- Welche Vorteile für die Region und den ÖPNV in der Region wollen die beteiligten Städte und die Staatsregierung mit der StUB erzielen?
- Wie wird sich der ÖPNV für die Menschen in der Region verbessern?

### **Begründung:**

Mit der StUB planen die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach das derzeit größte Straßenbahnprojekt in Deutschland. Durch eine starke Schiene als Rückgrat eines leistungsfähigen ÖPNV sollen die Städte, ihre Menschen, aber auch der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort der Region näher zusammenrücken. Als nachhaltiges und effizientes Verkehrsmittel bietet die Stadt-Umland-Bahn die wichtige Verbindung zwischen den Universitätsstandorten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), den großen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern aber auch kleine-

ren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in der Region und den Wohnorten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Studierenden. Mit der Siemens AG gab es seitens der Staatsregierung sogar bereits 2013 eine gemeinsame Grundsatzklärung für die StUB, auf die massiven Investitionen in die Region folgten, die zentral von der StUB angebunden werden soll.

Auch für umweltfreundliche, zuverlässige und nutzerfreundliche Mobilität ist die StUB ein entscheidender Baustein für die Region. Die Vorteile einer StUB adressieren zudem wichtige politische Ziele des Freistaats: Die Bahn für alle garantiert weitgehende Barrierefreiheit. Zudem werden bei der geplanten Streckenführung 47 Mio. PKW-Kilometer auf den ÖPNV verlagert, sodass die StUB ein Schlüsselprojekt für die Verkehrswende und den Klimaschutz in der gesamten Region darstellt. Die StUB ist das wichtigste Projekt für nachhaltige Mobilität in der Region. Die beteiligten Städte, die FAU, viele Unternehmen und die Menschen setzen auf die Realisierung der StUB.

Darüber hinaus wurde bereits 2015 nicht ein Gesetz gemacht, das jetzt das Tarifeinheitsgesetz in dem Zusammenhang beeinträchtigt, sondern es wurde ein Streikfolgenbereinigungsgesetz überdacht, in dem genau das Gegenstand war. 2015 hätte man das auch entscheiden können. Man hat bewusst davon Abstand genommen.

All das, was Sie jetzt in Bezug auf die betroffene Bevölkerung sagen, betrifft natürlich auch die Streikenden selber; denn das sind doch die Leistungsträger der Gesellschaft. Die leben doch nicht von dem Applaus, der eine Woche im Parlament gespendet wird, sondern sie leben und ernähren ihre Familien von dem Geld, das sie verdienen.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Arnold, es ist immer schwierig, einem gelernten Richter zu widersprechen. Ich tue es trotzdem. Erstens. Wenn die Rechtslage so zufriedenstellend wäre, dann müssten wir nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Gerichte regelmäßig gegen die Bahn entscheiden. Deswegen sehen wir Handlungsbedarf.

Zweitens. Ja, Sie haben davon gesprochen, dass die Lokführer Leistungsträger sind. Dem widerspreche ich gar nicht. Aber diejenigen, die mit der Bahn fahren wollen, sind auch Leistungsträger in ihrem Bereich. Deswegen ist ja genau das Problem,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

dass man einer Spartengewerkschaft hier übermäßig viel Macht gibt, die sie aus gewissen Gründen auch tatsächlich ausnutzt. Das wollen wir beschneiden. Deswegen dieser Antrag. Ich werbe noch mal dafür: Stimmen auch Sie diesem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/659 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/660, 19/661 und 19/672 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation**  
**(Drs. 19/88)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Toni Schuberl.



## **Mitteilung**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/672

**Rückgrat für die Region, Wissenschaft und Wirtschaft – Bedeutung der Stadt-  
Umland-Bahn (StUB) für Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach**

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 19/672 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt